

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

17. WP - 37. Sitzung

Finanzausschuss

17. WP - 70. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. März 2012, 11:30 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Hans Müller (SPD) stellv. Vorsitzender
Heike Franzen (CDU)
Daniel Günther (CDU)
Marion Herdan (CDU)
Wilfried Wengler (CDU)
Martin Habersaat (SPD)
Dr. Henning Höppner (SPD)
Cornelia Conrad (FDP)
Kirstin Funke (FDP)
Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ellen Streitbürger (DIE LINKE)
Anke Spoorendonk (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Peter Sönnichsen (CDU) Vorsitzender
Dr. Michael von Abercron (CDU) i. V. von Astrid Damerow
Tobias Koch (CDU)
Hans Hinrich Neve (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Jürgen Weber (SPD)
Oliver Kumbartzky (FDP)
Katharina Loedige (FDP)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ulrich Schippels (DIE LINKE)
Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Olaf Schulze (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht des Wissenschaftsministeriums über die Einleitung des Vergabeverfahrens für die bauliche Sanierung des UKSH	5
2.	Finanzielle Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012 zur W2-Besoldung der Professoren in Hessen auf das Land Schleswig-Holstein	7

Berichts Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Umdruck 17/3633](#)

Der stellvertretende Vorsitzende des federführenden Bildungsausschusses, Abg. Müller, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 11:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministeriums über die Einleitung des Vergabeverfahrens für die bauliche Sanierung des UKSH

St Dr. Andreßen trägt vor, die Landesregierung habe am 28. Februar 2012 beschlossen, das Vergabeverfahren auf den Weg zu bringen. Wesentliche Eckpunkte seien die Durchführung eines Wettbewerblichen Dialogs, die Erwirtschaftung der Pachtentgelte aus der Effizienzrendite des UKSH, der Umfang des Bauvolumens für die Gebäude der Krankenversorgung in Höhe von 380 Millionen €, die Begleitung des Vergabeverfahrens durch eine Steuerungsgruppe der betroffenen Ministerien und externe Berater in baulich-technischen und rechtlich-wirtschaftlichen Fragen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO komme zu dem Ergebnis, dass die ermittelte jährliche Effizienzrendite plausibel sei. Man gehe davon aus, dass es vier bis fünf Bewerber geben und der Vergabeprozess Ende 2013 abgeschlossen sein werde.

Abg. Schippels lehnt die Durchführung des ÖPP-Projekts ab und hält es für wirtschaftlicher, die Sanierung des UKSH konventionell zu finanzieren.

Fragen der Abg. Heinold, Weber und Herdejürgen beantwortet St Dr. Andreßen dahin, die Durchführung des vom Landtag aufgegebenen ÖPP-Verfahrens biete wirtschaftliche Vorteile. Die zeitgleiche Sanierung der Bauten für Forschung und Lehre solle über einen Zeitraum von acht Jahren mit insgesamt 80 Millionen € zusätzlichen Landesmitteln, 40 Millionen € aus dem Zuschuss für Forschung und Lehre und 40 Millionen € vom UKSH finanziert werden. Dies sei möglich, denn die von BDO berechnete Effizienzrendite von bis zu 47 Millionen € gebe einen Puffer. Die Investitionsbank sei an dem Verfahren beteiligt. Man sei dabei, das Verhältnis zwischen Trägerkosten des Klinikums und Gemeinkosten der Universität neu zu definieren. Mitbestimmungspflichtige Maßnahmen würden selbstverständlich mit dem Personalrat abgestimmt. Neben BDO hätten auch Partnerschaften Deutschland sowie Wissenschafts- und Sozialministerium Überlegungen zur Effizienzrendite angestellt. Die Umsetzung des baulichen Masterplans bedeute Verbesserungen für das Personal, dessen Rekrutierung immer schwieriger werde. Effizienzreserven im Bereich Forschung und Lehre träten frühestens 2017/18 auf.

Dr. Hendriks ergänzt, das Konzept Hochschulmedizin und die Mittelverteilung an die Hochschulen müssten auf die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Krankenversorgung, Forschung und Lehre Rücksicht nehmen. Das ganze Projekt sei eine große Herausforderung für das UKSH; Berechnungen von BDO kämen zu dem Ergebnis, dass den ÖPP-Kosten von 37 Millionen bis 38 Millionen € Erträge von 47 Millionen € gegenüberstünden. Aus dieser Differenz sollten Beträge für Forschung und Lehre gezahlt werden. Moderne, wettbewerbsfähige Plattformforschung setze eine angemessene Infrastruktur voraus. Geplant sei, die Gebäude der Krankenversorgung ab 2014 in vier Jahren zu errichten und die Bauten für Forschung und Lehre von 2014 bis 2021 zu realisieren. BDO habe verschiedene Bereiche im Klinikum befragt.

St Dr. Andreßen weist abschließend darauf hin, dass das UKSH seinerzeit die Entwicklung des Asset-Modells mit dem Personalrat eng abgestimmt habe. Sie sagt zu, den Ausschüssen das BDO-Gutachten zur Verfügung zu stellen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Finanzielle Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom
14. Februar 2012 zur W2-Besoldung der Professoren in Hessen auf das
Land Schleswig-Holstein**

Berichts Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Umdruck 17/3633](#)

St Dr. Bastian berichtet, der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers werde bei der Beamtenbesoldung durch das Alimentationsprinzip gemäß Artikel 33 des Grundgesetzes begrenzt. Das Bundesverfassungsgericht habe entschieden, dass das Grundgehalt der Professorinnen und Professoren (in Hessen) zu niedrig sei, und dem Gesetzgeber aufgegeben, die Professorenbesoldung bis Anfang 2013 neu zu regeln. Das Verfassungsurteil betreffe alle Bundesländer, weil die Zuständigkeit für die leistungsbezogene Professorenbesoldung nach der Föderalismusreform I vom Bund auf die Länder übergegangen sei. Bei der Neuregelung gelte es, wissenschaftspolitische Interessen - nationaler und internationaler Wettbewerb um gute Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler - und finanzpolitische Notwendigkeiten unter einen Hut zu bringen und möglichst eine bundesweit, aber mindestens norddeutschlandweit einheitliche Regelung hinzubekommen. Wenn das leistungsbezogene Besoldungssystem beibehalten und das Grundgehalt um 15 % angehoben würde, ergäben sich Mehrausgaben von 4 Millionen €. Es müsse vermieden werden, dass eine Anhebung der Professorenbesoldung eine Kettenreaktion in anderen Bereichen auslöse. Betroffen wären von 627 W 2-Planstellen 312 Zahlfälle und von 507 W 3-Planstellen 146 Zahlfälle.

Auf eine Frage von Abg. Habersaat macht St Dr. Andreßen darauf aufmerksam, es gebe ein breites Spektrum an Leistungszulagen, die individuell ausgehandelt würden; die Art der Leistungsbezüge sei sehr vielfältig. Die Kultusministerkonferenz werde sich mit der Thematik befassen.

Der stellvertretende Bildungsausschussvorsitzende, Abg. Müller, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Hans Müller
Bildungsausschussvors.

gez. Peter Sönnichsen
Finanzausschussvors.

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer